KANTON solothurn

Regierungsratsbeschluss

vom 17. Dezember 2019

Nr. 2019/2034

Anpassungen bei der Anwaltsaufsicht: Teilrevision des Gesetzes über die Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen (Anwaltsgesetz, AnwG), des Gesetzes über die Gerichtsorganisation (GO) sowie des Gebührentarifs (GT);
Öffentliches Vernehmlassungsverfahren

---

1. Ausgangslage

Die Staatskanzlei unterbreitet die Vorlage (Vernehmlassungsentwurf) «Anpassungen bei der Anwaltsaufsicht: Teilrevision des Gesetzes über die Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen (Anwaltsgesetz, AnwG), des Gesetzes über die Gerichtsorganisation (GO) sowie des Gebührentarifs (GT)» zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

2.1 Die Vorlage (Vernehmlassungsentwurf) «Anpassungen bei der Anwaltsaufsicht: Teilrevision des Gesetzes über die Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen (Anwaltsgesetz, AnwG), des Gesetzes über die Gerichtsorganisation (GO) sowie des Gebührentarifs (GT)» wird in erster Lesung beraten und beschlossen.

2.2 Die Staatskanzlei wird ermächtigt und beauftragt, das öffentliche Vernehmlassungsverfahren über diesen Entwurf durchzuführen.

2.3 Die Vernehmlassungsfrist läuft bis 17. März 2020.

2.4 Die Staatskanzlei wird beauftragt, die Vernehmlassungsadressaten per E-Mail über das eröffnete Vernehmlassungsverfahren zu informieren.

Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilagen

Vernehmlassungsunterlagen

Verteiler

Staatskanzlei, Legistik und Justiz (8; für sich und z.Hd. Arbeitsgruppe)
Staatskanzlei (eng, rol, ett, jol) (4)
Bau- und Justizdepartement
Gerichtsverwaltungskommission
Parlamentsdienste
Amtsblatt (ste, Publikation Vernehmlassungsverfahren)
Medien (jae)